

Zeitschrift für das gesamte
REDITWESEN

76. Jahrgang · 1. Oktober 2023

19-2023

Digitaler
Sonderdruck

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

**DIE GENOSSENSCHAFTLICHE
FINANZGRUPPE**

2023

„Wir brauchen einen
leistungsfähigen Bankensektor“
Redaktionsgespräch mit Marija Kolak

Redaktionsgespräch mit Marija Kolak

„Wir brauchen einen leistungsfähigen Bankensektor“

Frau Kolak, im vergangenen Jahr, im ZfgK-Interview anlässlich des Jubiläums des BVR, äußerten Sie den Wunsch, dass wir die Herausforderungen der Gegenwart mit Zuversicht, Entschlossenheit und Gemeinschaftssinn angehen, um Frieden, Toleranz und Wohnstand zu sichern. Jeden Einzelnen aber vor allem auch die Politik nahmen Sie in die Pflicht. Haben Sie nun, ein Jahr später, das Gefühl, dass Ihr Wunsch in Erfüllung gehen könnte?

Mein Befund für Deutschland ist, dass das Land im Moment in keinem guten Zustand ist. Wir haben zwar das durch Corona und den Wegfall russischer Gaslieferungen notwendige Ad-hoc-Krisenmanagement erfolgreich hinter uns gelassen, aber wir tun uns als Land erkennbar schwer, in dieser veränderten internationalen Konstellation unsere alte Kraft zu entfalten. Das hat auch mit dem Handeln der Politik zu tun, bei der man gelegentlich den Eindruck gewinnt, dass parteipolitische Überzeugungen wichtiger sind als das Land. Was uns im Moment fehlt, sind vor allem verlässliche Rahmenbedingungen, damit sich alle Wirtschaftsakteure mit ihren jeweiligen Stärken einbringen können. Ohne diese werden wichtige Investitionen in die Zukunft verschoben oder – was noch schlimmer ist – nicht in Deutschland getätigt. Das können wir uns als hochentwickeltes Industrieland, das sich im globalen Wettbewerb behaupten muss und gleichzeitig vor gewaltigen Herausforderungen steht, einfach nicht leisten.

Auf die Herausforderungen werden wir noch zu sprechen kommen. Ist denn der zunehmende

Pessimismus rund um den Wirtschaftsstandort Deutschland berechtigt?

Die volkswirtschaftlichen Daten sprechen eine klare Sprache. Deutschland hat im internationalen Vergleich zuletzt an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Vor allem sind die Energiepreise zu hoch. Konjunkturell sehe ich im Moment auch keine echten Wachstumsimpulse. Der private Konsum, die große Stütze der vergangenen Jahre, bleibt aufgrund der hartnäckigen Inflation schwach. Auch die Investitionen werden unter dem Eindruck der stark gestiegenen Zinsen, der wirtschaftspolitischen Unsicherheiten und des schwachen weltwirtschaftlichen Umfelds zunächst begrenzt bleiben.

Was hören Sie von Ihren Mitgliedsinstituten, wie die Stimmung in den realwirtschaftlichen Unternehmen ist?

Das kommt natürlich darauf an, mit wem Sie sprechen. In energieintensiven Branchen und im Bauhauptgewerbe ist die Stimmung weniger gut. In vielen anderen Bereichen, wie beispielsweise bei den IT-Dienstleistern, laufen die Geschäfte nach wie vor gut.

Wie fällt Ihre Bilanz zur Halbzeit der Legislaturperiode der Ampelregierung aus?

Im Koalitionsvertrag hatte sich die Bundesregierung das ambitionierte und richtige Ziel gesetzt, „eine Dynamik auszulösen, die in die Gesellschaft hineinwirkt“. Jedoch war man zunächst gezwungen, diese Dynamik auf den Ad-hoc-Krisenmodus anzuwenden. Die Bundesregierung

hatte keine Schonfrist, sie war sofort zum Handeln gezwungen und musste politische Präferenzen neu ordnen. Gemessen an den Prognosen im vergangenen Herbst muss man der Bundesregierung zugutehalten, dass ein harter wirtschaftlicher Absturz verhindert werden konnte. Von einer Dynamik zur Entwicklung des Landes nach vorne, einer Gestaltung der Rahmenbedingungen für die langfristige Sicherung von Wachstum und Beschäftigung, für die Finanzierung der grünen und digitalen Transformation war im Gegezug jedoch allenfalls in homöopathischen Dosen etwas zu spüren. Umso wichtiger ist es jetzt, die verbliebenen zwei Jahre Zeit zu nutzen, um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft Deutschlands anzugehen.

Welche (wirtschafts-)politischen Entscheidungen brauchte der Standort Deutschland jetzt?

Wir sollten uns von der Vorstellung, alles im Detail regeln zu wollen, verabschieden und lieber kluge Rahmenbedingungen setzen. So wäre beispielsweise die Bepreisung von CO₂ eine Maßnahme für die grüne Transformation, die auch ohne weitere Vorgaben besonders starke Investitionsanreize da setzt, wo die Emissionen am höchsten sind. Die Senkung der Stromsteuer würde ich ebenso begrüßen, anstatt einzelne Akteure mit einem Industriestrompreis zu fördern.

Sie haben es schon angesprochen, es fehlt an Planungssicherheit. Das gilt auch für die Kreditwirtschaft: Hier spielt die Aufsicht eine Rolle. Warum ist von einer angekündigten Regulierungspause nichts zu spüren?

Über die Ankündigung einer Regulierungspause hätten wir uns gefreut. Ich würde allen am Regulierungsprozess Beteiligten dringend empfehlen, jetzt einmal wirklich innezuhalten. Wir brauchen angesichts der enormen Investitionen, die der Umbau unseres Landes erfordert, um bis 2045 klimaneutral zu werden, einen leistungsfähigen Bankensektor. Eine immer detailliertere Regulierung bremsen uns aus. Mehr ist nicht immer besser. Es muss jetzt erst einmal darum gehen, ein langfristiges regulatorisches Gesamtbild zu entwerfen. Große Linien statt Kleinklein und stärkere Prinzipienorientierung statt Detailversessenheit sollten verstärkt in den Fokus rücken.

Kann es auch daran liegen, dass es mittlerweile sehr viele Institutionen gibt, die einen regulatorischen Auftrag haben?

Ich muss zumindest feststellen, dass sich in der EU auf behördlicher Seite mit der EU-Kommission, der europäischen Bankenaufsichtsbehörde, der EZB, dem SRB und anderen tatsächlich eine ganze „Industrie“ etabliert, bei der man den Eindruck gewinnt, dass deren Jobbeschreibung Regulierung oder zumindest Beaufsichtigung ist.

Welche regulatorischen Vorschläge halten Sie für besonders kontraproduktiv?

Grundsätzlich ist Regulierung nicht per se gut oder schlecht. Die Frage ist, ob bestimmte regulatorische Maßnahmen geeignet und für alle Marktakteure verhältnismäßig sind. Und da habe ich meine Zweifel. Dies betrifft zum einen die unzureichende Beachtung proportionaler Aspekte. Aber auch unabhängig von Proportionalität: Nehmen wir den antizyklischen Kapitalpuffer. Dieser wurde unter Verweis auf ein boomendes Immobilienkreditgeschäft in Deutschland zum Jahresbeginn 2022 aktiviert. Dabei hatten wir schon damals argumentiert, dass die Voraussetzungen gar nicht mehr vorliegen, weil wir eine Abkühlung des Marktes wahrgenommen haben. Aktuell sind wir mit einem starken Rückgang des Neugeschäfts bei Immobilienfinanzierung

gen und rückläufigen Kaufpreisen für Immobilien konfrontiert. Dennoch müssen die Banken weiterhin für alle Immobilienkredite, auch solche, die vor 15 Jahren zugesagt wurden, diese Puffer vorhalten. Unsere Banken haben mehr als 6 Milliarden Euro freies Kapital durch die Puffer aktuell gebunden. Ich würde mir von den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzstabilität ein kurzfristiges Überdenken der Entscheidung wünschen, insbesondere, da dies weiteren Spielraum für die Finanzierung der grünen Transformation und Digitalisierung schafft.

Vor allem aus Brüssel kommen immer wieder Vorschläge, die auf mehr Harmonisierung und Vergemeinschaftung abzielen. Auf der einen Seite verständlich. Aber erhöht sich durch ein immer stärker gleichgerichtetes Bankensystem nicht das Systemrisiko?

Die europäischen Institutionen würden gut daran tun, die europäische Vielfalt im Finanzsystem nicht nur zu erhalten, sondern als Asset zu verstehen. Unterschiedliche Geschäftsmodelle, Größen von Instituten, Unternehmensformen und Modelle der Kooperation stärken die Resilienz des Gesamtsystems. Gleichmacherei hingegen schwächt die Finanzstabilität und hat nichts mit dem vielbeschworenen „Level Playing Field“ zu tun. Es ist gerade die Proportionalität in Regulierung und Aufsichtspraxis, die für kleine und mittlere Institute die Wettbewerbsgleichheit gegenüber großen Instituten überhaupt herstellt. Deshalb ist auch der Single-Rulebook-Ansatz in Europa kritisch zu sehen, der alle Institute unabhängig von ihrer Größe den gleichen regulatorischen Anforderungen unterwirft. Hier brauchen wir mehr Mut zu einfacheren Lösungen für kleinere Institute, wie die Schweiz oder Großbritannien es uns vormachen.

Ein Zankapfel seit geraumer Zeit ist das Thema Einlagensicherung. Vor allem die deutschen Institute leisten hier erbitterten Widerstand. Nun startet die Kommission über die Überarbeitung der CMDI auf dem Umweg Abwicklungsregime und implizit der Einbeziehung kleinerer Institute in die europäische Abwicklung einen neuen Ver-



Marija Kolak



Präsidentin, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Berlin

Im Redaktionsgespräch mit der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen äußert sich die BVR-Vorsitzende Marija Kolak zu sehr grundsätzlichen Themen. So sieht sie Deutschland aktuell in keinem guten Zustand. Einen Schuldigen sieht sie in der Politik, wo sich der Eindruck gewinnen lasse, dass parteipolitische Überzeugungen wichtiger wären als das Land. Sie fordert, dass die verbleibende Zeit der aktuellen Regierung für wichtige Weichenstellungen genutzt werden solle. Kolak wünscht sich zudem, sich von der Vorstellung zu verabschieden, alles im Detail regeln zu wollen. Für zielführender hält sie es, kluge Rahmenbedingungen zu setzen. Als Beispiele nennt sie eine Bepreisung von CO₂ und die Senkung der Stromsteuer. Auch beim Thema Bankenregulierung äußert die BVR-Präsidentin klare Wünsche und fordert alle am Regulierungsprozess beteiligten dazu auf „einmal wirklich innezuhalten“. (Red.)


sich. Der BVR spricht von einer „Gefahr für den Bestand der deutschen Institutsicherung“. Wie ist der aktuelle Stand?

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission soll die Abwicklung für alle Banken, auch solche, die nicht systemrelevant sind, durch eine Schwächung der nationalen Sicherungssysteme teuer erkaufte werden. Denn das Geld der nationalen Systeme soll nach dem Willen der EU-Kommission zukünftig primär für die Finanzierung der Bankenabwicklung genutzt werden – zulasten deren Fähigkeit,


Einlegerinnen und Einleger im Fall der Insolvenz einer Bank zu entschädigen. In Summe schwächt der Vorschlag damit die bewährte Einlagensicherung und das Vertrauen in dieselbe.

Daher lehnen nicht nur wir, sondern die gesamte deutsche Kreditwirtschaft den Kommissionsvorschlag ab. Aus unserer Sicht sollten die bisherigen, gut ausbalancierten Regelungen zum Einlegerschutz beibehalten werden. Zudem muss die Durchführung präventiver Maßnahmen, wie sie von Institutssicherungssystemen – etwa der Sparkassen und Genossenschaftsbanken – angewendet werden, erhalten bleiben und eben nicht – wie derzeit vorgesehen – erheblich erschwert, ja faktisch sogar unmöglich gemacht werden.


Seit April liegen die Vorschläge der EU-Kommission nun auf dem Tisch und werden zurzeit in den Ratsarbeitsgruppen und im Europäischen Parlament diskutiert. Wie wir hören, möchte die spanische Ratspräsidentschaft eine Einigung zumindest im Rat bis zum Jahresende herbeiführen. Ob das gelingen wird, ist aber aufgrund der sehr unterschiedlichen Positionen aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich.

 **Spüren Sie ausreichend Unterstützung der deutschen Politik bei all diesen Themen in Brüssel?**


Die Menschen sind momentan mit vielen Unsicherheiten konfrontiert. Was wir jetzt überhaupt nicht brauchen, ist eine zusätzliche Diskussion um die Verringerung der Leistungsfähigkeit der bestehenden nationalen Schutzsysteme durch eine ungerechtfertigte Ausweitung des Bankenabwicklungsregimes. Die Bundesregierung weiß das und hat dies auch klar kommuniziert. Das wissen wir zu schätzen.

 **Ein weiteres Thema, das den Unmut der deutschen Kreditwirtschaft hervorruft, sind die Vorschläge für einen digitalen Euro. Sie fürchten hier eine zu große Dominanz der EZB. Wie laufen die Gespräche mit den Verantwortlichen. Finden Sie bei der Kommission und der EZB mit Ihren Argumenten Gehör?**


Zuerst einmal: Wir befürworten einen digitalen Euro, wenn er als digitales Pendant zum bestehenden Bargeld gestaltet wird. Den Aufbau eines vollumfänglichen, staatlichen Zahlungsverkehrssystems sehen wir hingegen kritisch. Diese Position verdeutlichen wir in vielen Gesprächen sowohl mit der EZB als auch der Politik. Ich habe den Eindruck, dass zumindest die Politik uns sehr aufmerksam zuhört und unsere Bedenken ernst nimmt. Wir würden uns freuen, wenn die EZB sich auch auf die Diskussionen darüber einlassen würde, wie ein digitaler Euro echte Mehrwerte schaffen kann. Hier stoßen wir leider auf wenig Gehör. Oft ist unklar, wie genau unsere umfangreichen Rückmeldungen, welche wir als gesamte Deutsche Kreditwirtschaft unter der engagierten und intensiven Beteiligung diverser Banken und IT-Dienstleister regelmäßig im Rahmen der EZB „Rulebook Development Group“ geben, berücksichtigt werden. Daher fordern wir weiterhin, dass das Mandat der EZB und die konkrete Ausgestaltung eines digitalen Euros transparent und demokratisch legitimiert sowie gesetzlich verankert werden müssen.

 **Die Genossenschaftsbanken schlagen sich in diesem Umfeld wacker. Vor allem die steigenden Zinsen machen sich mehr und mehr positiv bemerkbar. Wird sich das fortsetzen?**

Trotz der vielen Unsicherheiten stimmt mich der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr zum aktuellen Zeitpunkt optimistisch. Steigende Zinsen führen zwar zu Marktwertverlusten bei Wertpapieranlagen, die es zu verkraften gilt. Wir rechnen aber derzeit nicht mit weiteren wesentlichen Bewertungseffekten in den Wertpapier-Eigenanlagen der Banken. Die Zinsentwicklung beobachten die Banken sehr genau und richten sich nach den langen Jahren der Niedrigzinsphase, deren Belastungen weiterhin nachwirken, an der Marktentwicklung aus.

 **Das heißt, das Thema Bewertungsverluste aus Wertpapieren gehört schon der Vergangenheit an und wächst sich nun mehr und mehr aus?**


Ja, teilweise werden wir Wertaufholungen im laufenden Jahr sehen. In der Regel halten unsere Banken ihre Wertpapiere bis zur Endfälligkeit. Die überwiegend zinsinduzierten Wertkorrekturen werden also in der Folgezeit durch Bewertungsgewinne wieder ausgeglichen.

 **Zum Halbjahr 2023 haben viele Banken in Deutschland, private, öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche, hervorragende Ergebnisse präsentiert. Teils wurde das angepeilte Jahresergebnis nun schon erreicht. Gleichzeitig warnt die Kreditwirtschaft vor Engpässen bei der Finanzierung der Transformation, weil nicht genug Kredite vergeben werden können. Wie passt das zusammen?**

Einen Grund hatte ich schon angesprochen: Der antizyklische Kapitalpuffer bindet allein in unserer Gruppe 6 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass die hohe Inflation sowie hohe Rohstoffpreise insbesondere im Energiebereich die Unternehmen sowie private Haushalte belasten. Teilweise ist eine verminderte Kapitaldienstfähigkeit zu beobachten, welche das Kreditrisiko am Markt erhöhen kann.

 **Haben Sie Sorge vor steigenden Kreditausfällen?**


Im Moment sehen wir keine ungewöhnlichen Belastungen. Auf mögliche Kreditrisiken sind die Institute gut vorbereitet. Die Genossenschaftsbanken verfügen als Gruppe über einen soliden Einlagenüberhang von gut 80 Milliarden Euro und eine solide bilanzielle Eigenkapitalbasis von gut 63 Milliarden Euro per Juni 2023.

 **Die steigenden Zinsen und der zunehmende Wettbewerb um Einlagen verteuern die Refinanzierung der Banken. Gleichzeitig ist das Kreditgeschäft schwieriger geworden, sodass wenig höhermargiges Neugeschäft die niedrig verzinsten Bestände aufwertet. Das ist doch keine gesunde Mischung, oder?**

In der Tat haben Inflation und steigende Zinsen sowie die konjunkturelle Lage Kredit- sowie Marktrisiken in Form von




Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken erhöht. Die Genossenschaftsbanken können aber mit diesen adversen Entwicklungen umgehen, zumal ihre Resilienz durch die hohe Kapitalbildung und den Ausbau der Risikosteuerungssysteme in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist. Die laufende Überprüfung der Ausrichtung ihres Geschäftsmodells gehört standardmäßig zum Werkzeugkasten einer jeden Genossenschaftsbank, sodass sich die Institute an die Marktentwicklung anpassen.

 **Mit wie viel Sorgen betrachten Sie den massiven Einbruch der Nachfrage nach privaten Wohnungsbaufinanzierungen, gesellschaftlich, aber auch für die Institute selbst? Immerhin war dieses Geschäftsfeld eine tragende Säule in der Vergangenheit.**


Die höheren Zins- und Baukosten haben die Nachfrage nach Immobilienfinanzierung deutlich gebremst. Das Neugeschäft

Vorschläge dazu, etwa die Senkung der Grunderwerbssteuer, scheitern am Nein der Bundesländer, die Einnahmeverluste fürchten. Stattdessen werden die Eigentümer verpflichtet, etwa durch die Auflagen des Gebäudeenergiegesetzes oder die neuerliche Debatte um Mietenregulierung. Wie aber die Eigentümer das gegenfinanzieren sollen, scheint die Politik weniger zu interessieren.


 **Wird die steigende Anzahl von Fusionen langsam zu einem Problem für den Sektor, wenn es immer weniger Volksbanken Raiffeisenbanken gibt? Wir sind schon spürbar unter der Marke, die vor vielen Jahren mal als Untergrenze definiert wurde.**

Fusionen sind immer eine Entscheidung der handelnden Personen – konkret der Mitglieder als Eigentümer der Banken – vor Ort. Der BVR legt keine Strukturgrößen der genossenschaftlichen Bankengruppe fest und gibt auch keine

Wenn ich mit politischen Vertretern spreche, wird die herausgehobene Rolle regional tätiger Banken für den Wirtschaftsstandort Deutschland stets betont. Die angesprochenen Schlagzeilen würde ich nicht überbewerten. Das Vergleichen der Guthabenzinsen inklusive möglicher Geschäftsabschlüsse ist mittlerweile ein Geschäftsmodell. Wichtig ist, dass unsere Kunden verstehen, dass es sich hierbei so gut wie immer um zeitlich befristete Lockangebote handelt. Kunden, die bei einer Inflation von 6 Prozent rentierlich sparen wollen, raten wir, andere Anlageformen zu wählen.


 **Ist in dieser Zeit die Gewinnung neuer Mitarbeiter noch schwieriger. Fachkräftemangel ist ein generelles Thema, aber auch eines für die Kreditwirtschaft. Wie kann man dem entgegenwirken?**

Alle Unternehmen haben mit dem Fachkräftemangel umzugehen, der nach der Coronapandemie noch stärker sichtbar wird – auch wenn die demografische Entwicklung nicht mehr überrascht. Hinzu kommt, dass Megatrends wie der digitale Wandel, KI und Nachhaltigkeit auch die Anforderungsprofile für zukünftige Mitarbeiter verändern. Unsere Institute intensivieren ihre Anstrengungen, die richtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Dabei schärfen sie ihr Profil als zukunftsorientierte Arbeitgeber vor Ort und spielen dies immer stärker aus.

Neben der Rekrutierung erweitern die Banken auch ihre Qualifizierungsangebote, um die vorhandenen Talente weiterzubilden und stärker an ihr Institut zu binden. Auch mit einer konsequenten Digitalisierung und Automatisierung können wir der demografischen Entwicklung und dem Arbeitskräftemangel ein Stück weit entgegenwirken, indem wir vorhandene Effizienzpotenziale zum Beispiel in kundenfernen Bereichen heben und an solchen Stellen Ressourcen einsparen. Insgesamt sehen wir als Genossenschaftliche Finanzgruppe die Fachkräftesicherung als eine übergreifende strategische Aufgabe an, für die wir gemeinsam verstärkt Lösungsstrategien entwickeln, um im Wettbewerb um die besten Talente zu punkten. 


„Gleichmacherei schwächt die Finanzstabilität.“

scheint sich zwar branchenweit zu stabilisieren, aber das Niveau hat sich verglichen mit 2021 fast halbiert. Das wird auch die Institute belasten. Aber die gesellschaftlichen Folgen wiegen schwerer. Die Neubauzahlen schrumpfen zusammen. Dabei wuchs die deutsche Bevölkerung vergangenes Jahr um über eine Million Menschen. Das treibt die Mietpreise doppelt, denn mögliche Wohneigentümer bleiben mangels Kaufchance in knappen Mietwohnungen zurück. Vor allem Neumieter bleiben ganz außen vor, etwa Zuwanderer oder Berufsanfänger. Das alles schürt Verteilungskonflikte, in denen die Politik eher unrühmlich agiert.

 **Was müsste Ihrer Meinung nach geschehen?**

Wir müssen die Ursache für den knappen Wohnraum bekämpfen: Die zu hohen Kosten durch Abgaben, Auflagen und knappe Wohngebietsausweisung. Doch

Empfehlungen diesbezüglich heraus. Viel wichtiger als Strukturzahlen ist zum Beispiel die Frage, wie es die Genossenschaftsbanken heute und morgen schaffen, mit ihren Produkten und Leistungen attraktiv für ihre Kunden und Mitglieder zu sein, deren Bedürfnisse optimal zu erfüllen und gleichzeitig mit den häufig überbordenden regulatorischen Anforderungen umzugehen. In ihren regelmäßigen individuellen Strategieprozessen werden diese Fragen beantwortet und daraus abgeleitet, mit welcher Aufstellung dies erreicht werden kann.

 **Wie würden Sie im Moment das Ansehen der Banken in Politik und Gesellschaft beurteilen. Es scheint, dass die Zeiten, als die Institute dank ihres Einsatzes als Krisenhelfer hoch angesehen waren, vorbei sind. Im Moment dominieren wieder Schlagzeilen um zu niedrig verzinsten Einlagen und Ähnliches.**